

## **Handlungsfelder zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit**

Die hessischen Industrie- und Handelskammern haben sich frühzeitig mit ihren Unternehmen für die Integration von Flüchtlingen in Praktika und Ausbildung engagiert und mit ihrem Aktionsprogramm Verantwortung übernommen. Das Engagement der IHKs und ihrer Unternehmen zeigt erste Erfolge: 2016 nahmen in hessischen IHK-Unternehmen 278 Flüchtlinge, 2017 bereits 732 Flüchtlinge eine Berufsausbildung auf.

2016 haben die hessischen IHKs dafür bereits 425 000 Euro investiert, dieses Jahr werden sie mehr als eine halbe Million Euro an Eigenmitteln einbringen. In jeder IHK koordiniert ein Ansprechpartner die Aktivitäten, insgesamt sind 13 Mitarbeiter im Beratungseinsatz. Zudem haben die meisten IHKs auch selbst Flüchtlinge als Praktikanten oder Auszubildende beschäftigt. Nach wie vor ist das Interesse von IHK-Unternehmen an der Integration von Flüchtlingen groß. Besonders die Branchen Bau, Industrie, Verkehr und Logistik, Handel und Gastgewerbe sind aufnahmebereit. Damit die Integration auch in Zukunft gelingen kann, müssen die Rahmenbedingungen für Flüchtlinge wie auch interessierte Unternehmen wie nachstehend beschrieben weiter verbessert werden:

### **1. Sprachförderung**

Sprache ist nach wie vor der Schlüssel bei der Integration von Flüchtlingen in Arbeit. Für den Arbeitsschutz, das Einfinden in das betriebliche Team und für das Erledigen von Arbeitsaufträgen ist das Anwenden der deutschen Sprache unerlässlich.

#### **Das muss geändert werden:**

- Die Deutschförderung des BAMF ist sehr komplex. Die IHK-Flüchtlingskoordinatoren berichten von schlechten Erfahrungen. Hier ist eine dringende Qualitätsverbesserung und Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen notwendig. Darüber hinaus sollten die Mindestteilnehmerzahlen für Sprachkurse in ländlichen Gebieten verändert werden. Eine aussagekräftige Feststellung der Sprach- und Fachkompetenz muss umfassend vorliegen, bevor eine Vermittlung in ein Praktikum oder eine Beschäftigung erfolgen kann.
- Die Eingliederung in Sprachkurse muss zwingend nach Bildungsniveau und Lernfortschritt erfolgen. Derzeit sind viele Gruppen sehr heterogen zusammengesetzt, was den Lernfortschritt von leistungsstarken Flüchtlingen hemmt.
- In den Beruflichen Schulen sind INTEA-Klassen mit unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten einzurichten. Sollten Flüchtlinge nach INTEA in andere Angebote der Beruflichen Schulen wechseln, so ist auch dort Sprachunterricht, idealerweise fachbezogen, anzubieten.
- Während des EQ-Praktikums und während der gesamten Ausbildung sollten Sprachkurse begleiten, die berufsbezogen und fachlich ausgerichtet sind. Dieses Angebot sollte möglichst direkt an den Beruflichen Schulen stattfinden.
- Für Flüchtlinge, die direkt in Beschäftigung gehen, sind berufsintegrierende Sprachkurse notwendig. Hierfür sind neue Ansätze notwendig, die das Erlernen von Fachkenntnissen mit dem Erwerb von Deutschkenntnissen kombinieren und so zu unmittelbarem Lernen im Betriebsalltag führen. Das Erlernen von Deutsch, Fachkompetenz und der Berufssprache sollte Hand in Hand gehen.

- Die IHKs stellen bei der Beratung ihrer Unternehmen große Differenzen zwischen Zertifikaten für ein einheitliches Niveau fest. Die Qualität und die Aussagekraft von Sprachzertifikaten müssen verbessert werden.
- Es fehlen Deutschkurse für höhere Sprachniveaus wie B2 und C1.
- Um Männern wie Frauen das Sprachenlernen zu erleichtern, ist die Betreuung von Kindern während der Sprachkurse herzustellen.
- Das Programm „GUT AUSBILDEN“ soll für Ausbildungsbetriebe mit mehr als 50 Beschäftigten geöffnet werden, damit Sprachförderung flächendeckend gefördert werden kann.

## **2. Ausbildungsreife und Berufsorientierung**

Als große Herausforderung sehen die hessischen IHKs die Berufsorientierung bei Flüchtlingen. Es fehlen Kenntnisse über das deutsche Bildungssystem, die duale Berufsausbildung sowie die Anforderungen des deutschen Arbeitsmarktes. Häufig werden die IHK-Berater mit unrealistischen Zielvorstellungen zu einer Studienaufnahme sowohl durch die Flüchtlinge wie häufig durch ihre ehrenamtlichen Betreuer konfrontiert. Zudem überschätzen manche Flüchtlinge oder ihre ehrenamtlichen Betreuer ihre Kenntnisse und Fertigkeiten. Um Abbrüchen bei der Ausbildungs- und Arbeitsaufnahme vorzubeugen, sind daher eine umfassende Beratung und eine realistische Selbsteinschätzung von Flüchtlingen anzustreben.

### **Das muss geändert werden:**

- Vor Ausbildungs- bzw. Arbeitsaufnahme sollte eine umfassende Sprach- und Fachkompetenzfeststellung erfolgen.
- Die IHK-Organisation fordert hierfür einen stärkeren Einsatz der Berufsberater von Arbeitsagenturen in den INTEA-Klassen. Sie bietet hierzu ergänzende Unterstützung durch IHK-Ausbildungsbotschafter, die über Ausbildungsberufe „aus erster Hand“ informieren können. In manchen Regionen bietet sie hierfür sogar Berufe-Camps an.
- INTEA-Klassen sollten im zweiten Jahrgang verstärkt Berufsorientierung anbieten.
- Angesichts der starken Nachfrage nach IHK-Ausbildungsberufen sollte das Angebot von Berufsorientierung im Landesprogramm „Wirtschaft integriert“ um IHK-Berufe erweitert werden.
- Integrationsprogramme von Jobcentern sollten einen berufs- bzw. arbeitsmarktorientierenden Förderbaustein enthalten.
- Unterrichtsfreie Zeit in Schule oder bei Bildungsträgern darf nicht ungenutzt verstreichen, sondern sollte dem weiteren Erwerb der deutschen Sprache oder praktischen Erfahrungen in der Arbeitswelt oder von Berufsorientierung dienen.

## **3. Einstiegsqualifizierung**

Aus Sicht des Hessischen Industrie- und Handelskammertages Hessen ist das Praktikum der Einstiegsqualifizierung (EQ) der beste Weg, mit dem ein Geflüchteter in die Ausbildung starten kann. Es bietet dem Flüchtling die Möglichkeit, sich an die Anforderungen der deutschen Arbeitswelt zu gewöhnen, die notwendigen persönlichen und sozialen Kompetenzen zu erwerben und seinen zukünftigen Beruf kennen zu lernen. Des Weiteren kann er seine Sprachkenntnisse vertiefen. Das Unternehmen wiederum lernt ihn und auch sein Durchhaltevermögen besser kennen.

Die hessischen IHKs stellen fest, dass etliche Flüchtlinge mit ihren Unternehmen im vergangenen Jahr aus aufenthaltsrechtlichen Gründen diesen integrierenden Weg übersprungen und gleich einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben. Damit könnte der Ausbildungserfolg gefährdet sein.

#### **Das muss geändert werden:**

- Es muss Sicherheit vor Abschiebung auch für das EQ-Praktikum garantiert werden. Daher sollte zumindest die Ermessensduldung der Ausländerbehörden bei Anwendung des Integrationsgesetzes in eine Anspruchsuldung umgewandelt werden.
- Jobcenter sollten auch bei über 25-jährigen Flüchtlingen dieses Förderinstrument einsetzen. Die IHKs stellen dort teilweise Unkenntnisse über diese Angebote fest.
- Es sollte für jede EQ ein berufsbegleitender Sprachkurs zur Verfügung gestellt werden.
- Eine Rückstufung aus der Berufsausbildung in ein EQ-Praktikum muss ohne fördertechnische Auswirkung ermöglicht werden. Derzeit entfällt der Zuschuss der Arbeitsagentur.

#### **4. Berufsausbildung**

Das derzeitige Integrationsgesetz sieht nur eine Duldung für abgelehnte Asylbewerber vor, wenn die Aufnahme einer Berufsausbildung unmittelbar bevorsteht. Diese Regelung verkennt die Realität am Ausbildungsmarkt.

#### **Das muss geändert werden:**

- Sobald ein Ausbildungsvertrag unterzeichnet ist, sollte eine Duldung ermöglicht werden.
- Junge Menschen im Asylverfahren brechen ihre Ausbildung ab oder können sie nicht beginnen, weil ihre Ausbildungsvergütung nicht durch Fördermittel wie ABH, BVB und BAB ergänzt werden kann, um zum Lebensunterhalt zu reichen. Für die Förderung vor und während der Ausbildung sollte es für alle Auszubildenden einheitliche Regelungen geben, die auch Geduldete miteinschließt.

#### **5. Frauen**

Ein Drittel der Flüchtlinge sind Frauen. Ihr Anteil an berufsintegrierenden Maßnahmen ist allerdings nach Aussagen der Arbeitsmarktakteure deutlich geringer. Im Landesprogramm „Wirtschaft integriert“ beträgt er lediglich 8 Prozent. In den geflüchteten Frauen sieht die IHK-Organisation ein weiteres Potenzial, deren Integration durch duale Berufsausbildung und/oder Beschäftigung besser gelingt. Ihren Unternehmen erleichtert sie die Beschäftigung von geflüchteten Frauen mit einem speziellen Ratgeber, der auf die besonderen Herausforderungen eingeht.

#### **Das muss initiiert werden:**

Um die Akzeptanz von Frauen in der deutschen Arbeitswelt bei Flüchtlingen zu stärken, sind auch passende Integrationsmaßnahmen für geflüchtete Frauen zu entwickeln. Hier sind das Frauenbild des Herkunftslands, die Kinderbetreuung sowie die häufig geringen Qualifikationen eine große Herausforderung.

## 6. Wohnraum

Für ein Praktikum, die Aufnahme einer Beschäftigung oder eine Berufsausbildung ist ein lernförderndes häusliches Umfeld notwendig. Häufig erschwert die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft das Lernen.

### Das muss geändert werden:

Für Flüchtlinge in Berufsausbildung oder EQ-Praktikum sollte gesondert Unterkunft in Wohngemeinschaften, Azubi-Wohnheimen o. ä. geschaffen werden. Unterkünfte sollten in ihrer Infrastruktur zumindest auf die Lernbedürfnisse seiner Einwohner Rücksicht nehmen.

## Aktionsprogramm der hessischen IHKs 2018

Die IHK-Organisation hat das Thema Integration der Flüchtlinge in Ausbildung und Beschäftigung frühzeitig aufgegriffen und mit ihrem bundesweiten Aktionsprogramm Verantwortung übernommen. Wichtige Strukturen wurden seit Ende 2015 geschaffen und eine Vielzahl von Aktivitäten umgesetzt. Die IHKs in Hessen haben seit Beginn des Aktionsprogramms Ende 2015 zusammen bislang mehr als 150 Veranstaltungen durchgeführt. Zudem leistet die IHK-Organisation durch internationale Berufsbildungsk Kooperationen wie zum Beispiel in der IHK Gießen-Friedberg gemeinsam mit Auslandshandelskammern (AHKs) einen Beitrag zur besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland. Damit kann mittelfristig wirtschaftlichen Fluchtgründen in einigen Ländern begegnet werden.

Die IHKs kooperieren bei ihrem Engagement vor Ort mit vielen unterschiedlichen Partnern. Dazu zählen die Arbeitsagenturen und Jobcenter, Berufsschulen, Städte und Gemeinden, sowie die Ausländerbehörden, Migrantenorganisationen und vielfach ehrenamtliche Initiativen und Helfer.

Dies sind die Aktionsfelder der hessischen Industrie- und Handelskammern:

**1. Betriebe informieren und beraten:** Die Integration von Flüchtlingen in den Unternehmensalltag bedeutet enorme Herausforderungen für die Betriebe. Die Unternehmen benötigen Informationen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen, den richtigen Ansprechpartnern, dem kulturellen oder religiösen Hintergrund der Flüchtlinge und unterstützenden Instrumenten und Maßnahmen. Alle hessischen IHKs beraten hierbei, zum Beispiel durch Leitfäden und Informationen auf den IHK-Internetseiten, Seminare zu arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Fragen oder zu ehrenamtlichem Engagement in den Betrieben. Mittlerweile setzen sie in ihren Veranstaltungen auf Best-Practice-Beispiele von Unternehmen.

**2. Jungen Flüchtlingen berufliche Orientierung geben:** Flüchtlinge kommen häufig aus Ländern, deren Bildungssysteme schulisch und akademisch geprägt sind und in denen duale Ausbildung unbekannt ist. Die Chancen einer beruflichen Bildung müssen daher jungen Flüchtlingen und deren Eltern so früh wie möglich nahegebracht werden, zum Beispiel durch das Vermitteln von Betriebsbesuchen und berufsorientierenden Praktika. Die IHKs wirken hierbei maßgeblich mit. So veranstaltet zum Beispiel die IHK Offenbach eine Woche lang

Berufsorientierungscamps für technische und gastronomische Berufe. Die IHK Frankfurt engagiert sich in einem Unternehmensverbund, der Berufe-Camps vorsieht. Die IHK Kassel-Marburg hat ein Berufswahl-Büro an einer INTEA-Berufsschule eingerichtet und bringt junge Flüchtlinge zu Tagen der offenen Tür bei den Refugee Days. Darüber hinaus stellt die IHK-Organisation Informationsmaterialien zur dualen Berufsausbildung in den Sprachen der wichtigsten Herkunftsländer zur Verfügung.

**3. Jungen Flüchtlingen bei der Vermittlung in Ausbildung helfen:** Rund ein Viertel der Asylbewerber und Flüchtlinge sind in einem ausbildungstypischen Alter zwischen 16 und 25 Jahren. Häufig müssen zunächst Grundlagen gelegt werden, bevor anschließend eine Ausbildung begonnen werden kann. Nach der unerlässlichen sprachlichen Qualifikation sind Einstiegsqualifizierungen - gegebenenfalls mit sozialpädagogischer Begleitung - besonders gut geeignet, junge Flüchtlinge an eine Ausbildung heranzuführen. Hierfür akquirieren die hessischen IHKs gemeinsam mit den anderen hessischen Wirtschaftsorganisationen Praktikastellen und unterstützen bei der Vermittlung in EQs und Ausbildung.

**4. Flüchtlinge bei Spracherwerb und Gesellschaftskunde unterstützen:** Nur wer die deutsche Sprache beherrscht, kann erfolgreich in Gesellschaft, Ausbildung und Beschäftigung ankommen. Ebenso muss begleitende Gesellschaftskunde dazu beitragen, dass kulturelle und soziale Integration in Deutschland gelingt. Bei Antritt einer Ausbildung müssen die Sprachkenntnisse für das Bewältigen der Ausbildung ausreichen. Spätestens zum Zeitpunkt der Abschlussprüfung brauchen junge Menschen die für das Ablegen der Prüfung notwendigen Deutschkenntnisse. Hierfür sind zunächst insbesondere staatliche Einrichtungen in der Verantwortung, die sprachliche Integration von Flüchtlingen voranzubringen. Der Deutschunterricht für Flüchtlinge an den Berufsschulen muss dazu weiter ausgebaut werden. Die IHK Wiesbaden hat 2016 zwanzig junge Flüchtlinge mittels eines eigenen Integrationskurses beim Spracherwerb und anschließender Vermittlung in Ausbildung unterstützt. Die IHK Offenbach hat ein eigenes Programm konzipiert, bei dem ein Einstiegsqualifizierungs-Praktikum mit Spracherwerb, Mathematik- und EDV-Training konzipiert ist und sozialpädagogisch betreut wird.

**5. Betriebe bei der Qualifizierung und Ausbildung von Flüchtlingen begleiten:** Eine erfolgreiche Qualifizierung und Ausbildung von Flüchtlingen in Betrieben muss durch eine intensive Begleitung gesichert werden. Hier sind die hessischen IHKs vielerorts als Netzwerkpartner in konkrete Projekte eingebunden. Auch bieten sie spezielle Workshops für Ausbildungsunternehmen an, so zum Beispiel die IHK Lahn-Dill und die IHK Frankfurt am Main. Die IHK Kassel-Marburg hat hier einen Erfahrungsaustausch für Unternehmen eingerichtet, die Flüchtlinge beschäftigen. Die IHK Fulda wird regional berufsbezogene Sprachkurse initiieren.

**6. Kompetenzen von Flüchtlingen erfassen und einordnen:** Die frühzeitige Erfassung und Einordnung von Abschlüssen, Kompetenzen und Qualifikationen sind entscheidend für eine rasche Integration in den Arbeitsmarkt. Sie sind Voraussetzung für gezielte Sprachförderung, den Beginn einer Ausbildung, die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen, das Vermitteln von nötigen Nachqualifizierungen oder die zügige Vermittlung eines passenden Arbeitsplatzes. IHKs unterstützen bei der Erfassung von Kompetenzen. Durch das Anerkennungsgesetz und die Arbeit der IHK-FOSA gibt es bereits eine Basis für die Anerkennung

beruflicher Qualifikationen, die Menschen aus anderen Ländern mitbringen. Eine Kompetenzfeststellung mit anschließendem Förderplan organisiert derzeit die IHK Fulda.

**7. Flüchtlinge über 25 Jahre in Qualifizierungsangebote vermitteln:** Viele erwachsene Flüchtlinge sind wenig oder gar nicht für den deutschen Arbeitsmarkt qualifiziert. Es bedeutet eine große Herausforderung, diese Zielgruppe rasch in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die IHKs in Hessen stehen dafür parat, die Kompetenzen von Flüchtlingen während ihrer betrieblichen Praktika mithilfe von Qualifizierungsbausteinen zu erfassen und zu zertifizieren. Diese Zertifikate sollen helfen, deren Berufserfahrung zu dokumentieren und ihnen den späteren Zugang zu dualen Abschlüssen offenhalten. Hier begleitet die IHK Frankfurt am Main ein Projekt für zukünftige Beschäftigte in der IT, die IHK Fulda im Bau und der Logistik sowie die IHK Kassel-Marburg ein Projekt mit Teilqualifikationen zum Berufskraftfahrer.

**8. Flüchtlingen bei Existenzgründungen helfen:** Menschen mit ausländischen Wurzeln besitzen häufig einen ausgeprägten Unternehmergeist. Der Anteil der Gründer mit Migrationshintergrund steigt seit Jahren kontinuierlich an. Für Mitgliedsunternehmen, deren Inhaber im Ausland geboren sind, sind die IHKs bereits Dienstleister und Interessenvertreter. Zudem sollten auch die Potenziale von Flüchtlingen für Existenzgründungen genutzt werden. IHKs unterstützen zum Beispiel durch speziell auf Gründer mit Migrationshintergrund abgestimmte Beratungen. Ein Beispiel hierfür ist die Startup-Klasse der IHK Offenbach.